Resistance

“Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.”

Oktober, 2019

Warum die “Grünen” keine Umweltpartei sind?

Dank dem rapiden Absturz der großen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD in den letzten Jahren profitiert nicht nur die AfD. Aktuelle Umfragen zeigen, dass die Grünen wieder gefragt sind und an Beliebtheit in der Bevölkerung gewinnen. Ihr Image als „Umweltpartei“ bescherte ihnen vor allem nach dem Widerstand im Hambacher Forst viele Sympathiepunkte, besonders bei den jungen Wählern.

Doch sind die Grünen wirklich das, wofür man sie hält?

Die meisten Menschen wissen nicht einmal, dass die Grünen Baumfreunde einst ihre Erlaubnis für die Braunkohlenutzung bis 2045 (!) gaben und damit bereit waren, den Hambacher Forst zu opfern.

In ihrer NRW-Regierungszeit machten sie nämlich im Jahr 2014 einen Deal mit der SPD: Der Tagebau Garzweiler II sollte um etwa ein Fünftel der Abbaufläche verkleinert werden. Im Gegenzug dafür stimmten die Grünen der Rodung des Hambacher Forstes zu. 2016 folgte dann eine Leitentscheidung, bei der die Grünen mit im Kabinett saßen: „Der Braunkohlenabbau in den Tagebauen Garzweiler II, Hambach und Inden in Nordrhein-Westfalen ist zur langfristigen Energieversorgung weiter erforderlich.“, hieß es dort. Damit sprachen sich die Grünen offiziell für die weitere Nutzung von Braunkohle aus. Welch Ironie, dass sie 2 Jahre später den „Hambi“ als Wählerfang nutzen konnten und heute bei Fridays For Future kämpferische Schüler abfangen, um sie wieder ins System einzugliedern.

Ebenfalls unbeachtet scheint die Tatsache zu sein, dass die Grünen bereit waren, viele ihrer Prinzipien über Bord zu werfen, um nach den letzten Bundestagswahlen durch die Jamaika-Koalition in die Bundesregierung zu kommen.

Die Liste der „Prinzipien“ ist lang, weshalb wir uns auf einen umweltpolitischen Punkt beschränken wollen. Die Grünen machten nach den Wahlen deutlich, dass ein Ausstieg für Verbrennungsmotoren bis zum Jahr 2030 für sie eine Voraussetzung für Koalitionsverhandlungen sei. Klare Ansage – Heiße Luft. Kurze Zeit später entschieden sie sich opportunistisch dazu, ihre Voraussetzung auf einen unverbindlichen Ausdruck zu reduzieren: „Fahrzeuge der Zukunft – vernetzt, automatisiert und emissionsfrei – zu bekommen“. Dadurch wurde die Frage nach dem Ausstieg von Verbrennungsmotoren ins Ungewisse verschoben und die Antwort hatte ab diesem Punkt keinen Zeitdruck mehr.

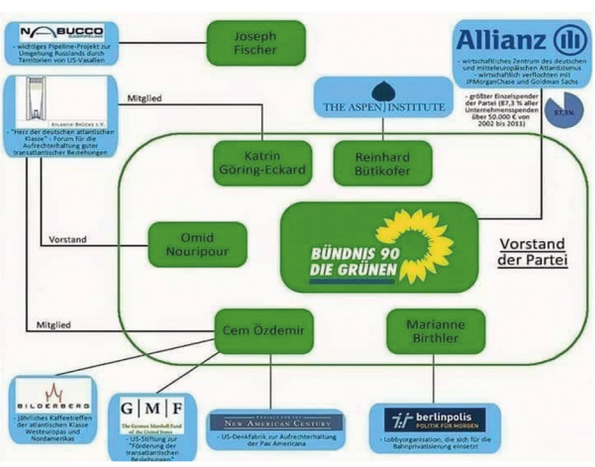
LOBBYISTISCH GELENKTE „UMWELTPOLITIK“

Es gibt zahlreiche Beispiele, die belegen, dass die Grünen nichts weiter als eine im Kapitalismus etablierte Systempartei sind, die von der Wirtschaft maßgeblich beeinflusst wird. Ihre Fassade als Umweltpartei, die sie erstaunlicherweise gut wahren konnten, dient ihnen lediglich dazu, kritischere Wähler an sich zu binden. Sie fungieren also als Auffangnetz für diejenigen, die sonst weiter nach links oder in Richtung Kapitalismuskritik rücken könnten.

Einer der bekanntesten Grünen-Politiker, die den Lobbyismus innerhalb der Partei wiederspiegeln, ist z.B. Joschka Fischer. In seiner Zeit als Außenminister und Vizekanzler Deutschlands (1998-2005) konnte er durch seine Kooperation mit den Wirtschaftseliten viele Kontakte und Privilegien erarbeiten, die ihm später von Nutzen sein sollten. So wurde Fischer zum Berater von großen Konzernen wie BMW, RWE

oder Siemens und diente ihnen nebenbei noch als Image-Verbesserer. Beim Umweltfeind Nr.1 RWE trieb er sogar das private Pipeline-Projekt „Nabucco“ voran und half dem Konzern dabei, politische Hindernisse gegen das Projekt zu beseitigen. Außerdem engagierte ihn im Jahr 2008 die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright als Berater für ihre Firma „Albright Group LLC“, weil sie die Zusammenarbeit mit Joschka Fischer scheinbar schätzte.

Ein ebenso schockierendes Beispiel ist Matthias Berninger, der nach 13 Jahren Bundestagskarriere bei den Grünen 2006 als Lobbyist in die Privatwirtschaft, zum Nahrungsmittelkonzern Mars wechselte. Seit dem 1. Januar 2018 ist er als Cheflobbyist beim Chemiekonzern Bayer (!) aktiv, welches mit Glyphosat der Umwelt und den Menschen massiv schadet. Als Politikchef des Konzerns lebt Berninger in Washington D.C.



Weitere bekannte Grünen-Politiker, die in Lobbyorganisationen und Think Tanks tätig waren oder immer noch sind, sind die ehemaligen Bundesvorsitzenden Cem Özdemir und Claudia Roth, Katrin Göring-Eckardt und Omir Nouripour. Sie alle waren aktiv in Organisationen wie „Atlantik Brücke“, „Atlantische Initiative“ oder „Deutsche Atlantische Gesellschaft“. Omid Nouripour ist aktuell sogar Vorstandsmitglied der Atlantik Brücke, einer sehr einflussreichen deutsch-amerikanischen Lobbyorganisation, die hohe Tiere aus der Wirtschaft, Medienlandschaft, Politik und dem Militär vereint.

UMWELTPARTEI ODER KRIEGSPARTEI?

Auch vor einer Zusammenarbeit mit Rüstungskonzernen schrecken die Grünen nicht zurück. Ihr Vorteil ist hier mal wieder, dass viele nichts von diesen Machenschaften wissen. Dabei überwies der Verband „Südwestmetall“ der Partei jährlich mehrere Zehntausend Euro. Ab 2015 überschritten die Überweisungen schließlich die 100.000 Euro-Grenze. Zu den Mitgliedern des Verbandes zählen große Rüstungsfirmen wie Heckler & Koch, Diehl Defence oder MTU. Diese Firmen fördern vor allem Waffenexporte und Kriege. Feststehen tut

eines: Kein Konzern spendet grundlos gigantische Summen an irgendwelche Parteien. Selbstverständlich beruht diese „Geste“ auf gegenseitigen Gefallen.

Die Spendengelder werden von den Grünen damit gerechtfertigt, dass Südwestmetall ja nicht nur mit Rüstung zu tun habe, sondern auch Umweltschutztechnologien herstelle. An dieser Stelle blenden sie komplett aus, dass die Mitglieder des Metallverbandes mit ihren Waffenlieferungen für den Tod von Hunderttausenden Menschen verantwortlich sind.

Waffenlieferungen stellten für sie jedoch noch nie ein Problem dar. In ihrer Regierungszeit fingen die Grünen im Jahr 1999 mit Exporten nach Saudi-Arabien in Höhe von 26,1 Millionen Euro an. Bis zum Jahr 2004 steigerten sie diese auf fast 60 Millionen Euro. In ihrer Koalition mit der SPD erlaubten sie den Export von diversen Waffen und Kriegsausrüstungen: Maschinengewehre, Granaten, Munition und Teile für Kampfflugzeuge, Militärboote, Raketen, Schießanlagen und Funküberwachungssysteme.

Der größte Schandfleck in der Geschichte der Grünen ist aber wahrscheinlich der völkerrechtswidrige Kosovokrieg im Jahr 1999, bei dem deutsche Truppen zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg an einem Kriegseinsatz beteiligt waren. Die Grünen hatten diesen Krieg nicht nur verhindert, sondern sich aktiv für ihn eingesetzt. Dazu kommt der Krieg in Afghanistan, welcher ebenfalls unzählige Menschenleben kostete und das Land in ein Chaos stürzte.

Die Liste der Verbrechen und heuchlerischen Taten der Grünen ist lang und weist auf zahlreiche Indizien hin, die belegen, dass die Partei weder den deutschen Bürgern noch der Umwelt dient. Wie bei allen anderen Systemparteien ist ihr einziger Herr die Wirtschaft und das Kapital, was sich in ihrem Vorgehen regelmäßig widerspiegelt. Es gilt diese grüne Fassade abzureißen, um den Menschen und vor allem der Jugend zu demonstrieren, dass kein grüner Kapitalismus möglich ist. Eine grüne Zukunft für den Planeten kann uns einzig allein eine Bewegung bieten, die sich die Abschaffung des kapitalistischen Systems samt seiner Ausbeutung und seinen Kriegen zum Ziel gemacht hat.

#SystemChange

DIE LUNGE UNSERER ERDE BRENNT!

Die schwersten Waldbrände seit 2013 plagen Brasilien. Laut dem brasilianischen Weltraumforschungsinstitut INPE wurden seit Anfang des Jahres insgesamt 72.843 Feuer und Brandrodungen registriert. Damit haben sie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um ganze 83% zugenommen.

Dass es aktuell wieder den Amazonas-Regenwald erwischt hat, ist ein schwerer Schlag für den Planeten Erde. Da Regenwälder riesige Mengen an Kohlenstoffdioxid (CO_2) aus der Atmosphäre aufnehmen und Sauerstoff (O_2) abgeben, sind sie wichtige Filter für das globale Klimasystem. Sie absorbieren etwa 11 Milliarden Tonnen CO_2 pro Jahr, also 30% der von Menschen verursachten Treibhausgase.

Der Amazonas-Regenwald gilt als der größte CO_2-Speicher auf der Welt. 90 bis 140 Milliarden Tonnen Kohlenstoff werden von ihm aufgenommen. Außerdem produziert er 20% des Sauerstoffs auf unserem Planeten.

Durch die Brände, die den Regenwald nun zu vernichten drohen, beginnt ein gefährlicher Teufelskreis. Die von den Pflanzen gespeicherten Unmengen an CO_2 gelangen erneut als Treibhausgase in die Luft, was den Klimawandel verstärkt.

Der Klimawandel verstärkt wiederum die Waldbrände. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass der Regenwald weit mehr als hundert Jahre brauchen würde, um sich wieder zu erholen.

Mit 6,7 Millionen Quadratkilometern Fläche ist der Amazonas Regenwald anderthalbmal so groß wie die EU. Die Bekämpfung des Klimawandels ist ohne den überlebenswichtigen Amazonas-Regenwald nicht möglich! Dennoch wird unsere Zukunft leichtfertig von denjenigen geopfert, die an der Zerstörung der Regenwälder verdienen.

Schuldig sind vor allem die größten Unternehmen, die z.B. nach der Zerstörung Staudämme, Plantagen und Äcker schaffen oder Holz und Bodenschätze gewinnen wollen. Die Politik als der Handlanger der Wirtschaft ist mitverantwortlich für diese Verbrechen.

Statistisch gesehen verschwindet im Amazonas-Regenwald jede Minute eine Fläche von 3 Fußballfeldern! Allein im vergangenen Jahr ist er um rund 7.900 Quadratkilometer geschrumpft, was einer Fläche von mehr als einer Million Fußballfeldern entspricht.

Durch die Brände werden in erster Linie zig Millionen Menschen gefährdet, die in dem Gebiet wohnen, doch die Zerstörung des Regenwaldes ist kein nationales, sondern ein internationales Problem.

Die Ursachen des Klimawandels werden nämlich für globale Katastrophen sorgen und müssen deshalb auch global bekämpft werden!

KRIEG IST EIN BOMBENGESCHÄFT

Dass Banken nicht nur Geld bunkern, sondern auch gezielt für Kapitalvermehrung investieren, ist bekannt. Was jedoch nicht ans Tageslicht kommt, sind die Verbrechen, an denen die Großbanken unserer Welt beteiligt sind. Die NGO Facing Finance deckte in ihrem Bericht mit dem Titel „Dirty Profits 7“ die Finanzbeziehungen zwischen zehn europäischen Topbanken und bekannten Rüstungsexporteuren auf, welche zwischen 2015 und 2018 Waffen in den Nahen Osten und Nordafrika lieferten.

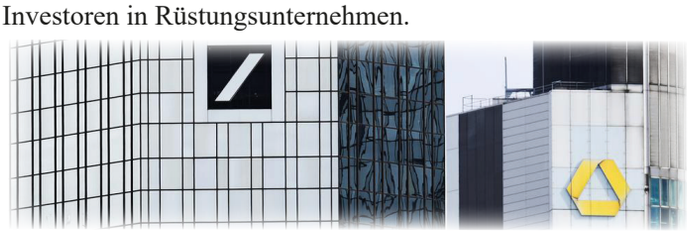
Laut dem Bericht erhielten die von Facing Finance untersuchten elf Rüstungsunternehmen von den Banken mehr als 24 Milliarden Euro an Direktfinanzierung. Die Banken gaben den Unternehmen nicht nur Kredite, sondern kauften auch Anleihen und Beteiligungen in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro. Zählt man z.B. die deutschen Vermögensverwalter DWS und Allianz Global Investors mit, kommen noch ganze 5,5 Milliarden Euro dazu.

„Es ist erschreckend zu beobachten, wie europäische Topbanken, offenbar unbeeindruckt von Zerstörung, Tod und Vertreibung, Rüstungsexporteure finanzieren, die seit Jahren die Parteien des Jemen-Krieges mit Waffen beliefern“, erklärte der Vorsitzende von Facing Finance und Herausgeber des Berichts Thomas Küchenmeister.

AN JEDEM KRIEG IN JEDEM LAND VERDIENT AM SCHLUSS DIE DEUTSCHE BANK

Wenn es um Kriegsförderung geht, ist auch die Deutsche Bank ganz vorne mit dabei. Zwischen November 2015 und Januar 2019 unterstützte sie sieben der elf Rüstungsunternehmen direkt mit 1,8 Milliarden Euro. Mit insgesamt 2,6 Milliarden Euro ist sie sogar an allen elf Unternehmen beteiligt.

Damit zählt die Deutsche Bank neben den französischen Großbanken Crédit Agricole und BNP, den spanischen Großbanken BBVA und Banco Santander, den schweizerischen Crédit Suisse und Unicredit, der deutschen Commerzbank und den britischen Großbanken Lloyds Banking Group und Barclays zu den größten europäischen Investoren in Rüstungsunternehmen.



Beispielsweise finanziert die Deutsche Bank den britischen Waffenhersteller BAE Systems und den US-Waffenhersteller Raytheon. Beide Unternehmen führen Geschäfte mit der im Jemenkrieg aktiven saudi-arabischen Koalition und sind damit für viele Massaker und Tode von Zivilisten mitverantwortlich.

Für den Jemenkrieg lieferte BAE unter anderem Kampfflugzeuge, Luft-Boden-Raketen und 450 Marschflugkörper nach Saudi-Arabien. Etwa 730 Millionen Euro flossen von der Deutschen Bank bis 2018 in das europäische Herstellerkonsortium MBDA, in welchem neben BAE Systems auch Konzerne wie Airbus Mitglied sind.

Raytheon zählt zu den größten Exporteuren an die Kriegskoalition im Jemen. Im November 2015 gewährte die Deutsche Bank dem Rüstungsexporteur einen Kredit in Höhe von 57 Millionen Euro und war im Januar 2019 mit 418 Millionen Euro am Unternehmen mitbeteiligt. Der Knackpunkt an allem ist, dass die Verträge zwischen der Deutschen Bank, BAE-Systems und Raytheon dann entstanden, als im Jemen der Krieg bereits das Land in ein Chaos stürzte. Demzufolge waren sich die Investoren über ihre Taten vollkommen bewusst.

COMMERZBANK: NICHT NUR GELD ZÄHLT, SONDERN AUCH LEICHEN

Auch die Commerzbank beteiligt sich aktiv an der Kriegsförderung. Facing Finance fand bei ihren Recherchen heraus, dass die Großbank an Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall, Thyssen-Krupp, BAE Systems, Airbus, Boeing, Thales und Leonardo Kredite, Anleihen und Wertpapiere im Wert von insgesamt 1,72 Millionen Euro vergab. Mit einem Gesamtwert von 142,81 Millionen Euro besitzt die Commerzbank zusätzlich Aktien und Anleihen der elf Rüstungskonzerne, die im Dirty Profits Bericht untersucht Vor allem mit Rheinmetall pflegt die Commerzbank gute Beziehungen. Im November 2015 stellte sie dem Konzern 200 Millionen Euro zur Verfügung. RWM Italia, welches ein Tochterunternehmen von Rheinmetall ist, exportiert

beispielsweise Bestandteile für Bombentransport. Einer dieser Bestandteile kam laut Facing Finance sogar am 16.10.2016 beim Angriff auf das jemenitische Dorf Al Haijara zum Einsatz, als eine sechsköpfige Familie getötet wurde.

Der Konzern Lockheed Martin, in welchen die Commerzbank 20,45 Millionen Euro investiert hat, steht mit ähnlichen Verbrechen in Verbindung. Seine Bombe MK82 war die Ursache für den Tod von mehr als 50 Menschen und zig Verletzten im Jemen, die am 09.08.2018 in einem Bus angegriffen wurden. Die Bombe gehörte zu den Tausenden MK82, die von den USA an Saudi-Arabien verkauft worden waren, um sie im Jemenkrieg einzusetzen. Die saudi-arabische Luftwaffe wird außerdem größtenteils vom Herstellerkonsortium MBDA, was von der Commerzbank ebenfalls finanziert wird, mit Kampfflugzeugen des Typs Tornado und Typhoon (Eurofighter) beliefert.

Völlig zu Recht fragt sich nun der Mensch, wie so etwas legal sein kann. Es gibt in der Tat gewisse „Richtlinien“ für finanzielle Beteiligung an Rüstungsexporten, an die sich die Deutsche Bank und Commerzbank halten müssen, jedoch bieten die Gesetze in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem selbstverständlich passende Lücken für die Banken und Konzerne, um ihre Ziele zu verwirklichen.

Schließlich zählt im Kapitalismus der Profit mehr als Menschenleben. Die Ergebnisse des Dirty Profits Berichtes sind dabei nur ein Beispiel von vielen…

“General, dein Tank ist ein starker Wagen.
Er bricht Wälder nieder und zermalmt hundert Menschen.
Aber er hat einen Fehler:
Er braucht einen Fahrer.

General, dein Bomberflugzeug ist stark.
Es fliegt schneller als der Sturm und trägt mehr als ein Elefant.
Aber es hat einen Fehler:
Es braucht einen Monteur.

General, der Mensch ist sehr brauchbar.
Er kann fliegen, er kann töten.
Er kann denken.”

Bertold Brecht

STATUS QUO DER TÜRKEI UND WIE DIE WELT ZUSCHAUT

Am 31.03.2019 fanden in der Türkei Kommunalwahlen statt, bei denen Staatspräsident Erdogan mit seiner nationalistisch-islamistischen Partei der AKP herbe Rückschläge einstecken musste. Fünf Monate nach dieser Wahl setzt er nun willkürlich die gewählten Volksvertreter und Bürgermeister der kurdisch geprägten Städte Diyarbakir, Van und Mardin ab. Alle drei Bürgermeister gehören der prokurdischen demokratisch gesinnten Partei HDP an. Selcuk Mizrakli wurde als Bürgermeister von Diyarbakir mit 63,56% der Stimmen gewählt. Ahmet Türk in Mardin mit 54% der Stimmen. Der Vorwurf lautet „Terrorunterstützung“.

Außerdem habe die HDP mit ihrer geschlechterparitätischen Doppelspitze und kommunalen Gremienbesetzung in ihren Stadtverwaltungen eine „vom Ganzen des Landes abweichende Struktur einführen zu wollen“. Die Frauenfeindlichkeit der AKP kommt bei diesem Vorwurf besonders zum Vorschein.

Die willkürliche Absetzung der Bürgermeister gleicht einem Schauspiel: In den frühen Morgenstunden stürmten Spezialeinsatzkräfte die Rathäuser, brachen dabei Türen auf und durchsuchten stundenlang die Gebäude. Von Demokratie und Rechtstaatlichkeit ist hierbei keine Spur.

Bei all dem Theater sind die Leidtragenden die Bürgerinnen und Bürger, deren Wille systematisch missachtet wird.

Die Polizei ging gegen Protestierende brutal und mit Wasserwerfern vor. Wenige Stunden später setzte Erdogan Zwangsverwalter ein. Nun regieren in den besagten Städten die von Erdogan bestimmten Bürgermeister, die gleich Versammlungsverbote in diesen Städten aussprachen.

Trotzdem finden seitdem in der Türkei, jedoch unter polizeilicher Beobachtung, Proteste gegen die Zwangsverwaltung, welche von der HDP organisiert werden, statt. Während der Proteste sprechen die HDP Abgeordneten, die noch auf freiem Fuß sind, die AKP Regierung an und weisen darauf hin, dass diese Regierung die von ihnen im Wahlkampf angesprochene Drohung der Zwangsverwaltung

wahrgemacht hat. Die Entscheidung der Zwangsverwaltung war also bereits im Vorfeld getroffen worden. Durch die Kommunalwahlen im März, bei denen die HDP erneut beachtliche Gewinne einholen konnte, waren Erdogan Anhänger von der Demokratie in ihrem Land überzeugt. Die Realität ist eine andere: Schon längst ist in der Türkei eine Erdogan-Diktatur entstanden.

DIE OHNMACHT DER HDP

Auch wenn die HDP durch die Proteste scheinbar eine kämpferische Haltung zeigt, zeichnen ihre Taten ein anderes Bild:

Anfang September kam die HDP mit der Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSIAD) zusammen. Gemeinsam besprachen sie die aktuelle wirtschaftliche und politische Lage in der Türkei.
Die HDP erhofft sich also Unterstützung von einer Kapitalistenvereinigung, die Erdogan zu dem gemacht hat, was er heute ist.

Diese Vereinigung ist eine Interessenvertretung des Kapitals und mit ihren Kontakten in die Weltwirtschaft außerdem ein Arm der Imperialisten. Wie soll eine derartige Vereinigung der unterdrückten Bevölkerung in der Türkei zur Hilfe eilen? Jeder, der sich diese Frage stellt, wird schnell begreifen, dass der reformistische Kurs der HDP ihre Ohnmacht in der heutigen Türkei repräsentiert.

Dieser Kurs wird und kann in Anbetracht der Umstände keinerlei Erfolge einbringen.

DIE FRAUENFEINDLICHKEIT DER AKP

Die Frauenfeindlichkeit der AKP-MHP Regierung in der Türkei wird nicht nur durch den Angriff auf die HDP deutlich, sondern auch durch ihr tatenloses Zuschauen bei den unzähligen Frauenmorden sowie bei den „Samstagsmüttern“. Nach Angaben des Vereins der türkischen Juristinnen fallen jeden Tag fünf Frauen einem Mord zum Opfer. Aktuell wird die Türkei durch den Mord an der jungen Frau und Mutter Emine Bulut erschüttert. Diese Frau wurde von ihrem Ehemann am helllichten Tage in der Öffentlichkeit vor den Augen der gemeinsamen Tochter ermordet. Während dieser Mord für einen zivilgesellschaftlichen Aufschrei sorgte, betitelten Medien und Politiker diesen kaltblütigen Mord als „Einzelfall“ und den Mörder als psychisch Gestörten.

Die Verantwortung für die unzähligen Frauenmorde in

der Türkei tragen nicht nur ihre Mörder, sondern die von der AKP-MHP Regierung geschaffene frauenfeindliche Atmosphäre. Über die 17 Jahre AKP Regierung wurden keinerlei Maßnahmen zum Schutze von Frauen veranlasst. Im Gegenteil, das international errungene Abkommen zum Schutze von Frauen vor Gewalt und das „Istanbuler Übereinkommen“ wurden nicht umgesetzt. Frauenmörder und Vergewaltiger kamen aus haarsträubenden Gründen wie „sie hatte sich reizend gekleidet“ auf freien Fuß. Es sind also keine Einzelfälle, wie sie von der türkischen Politik genannt werden, sondern systematische und von der faschistischen Politik verursachte Morde. Ein ähnliches Beispiel, an dem sich die Frauenfeindlichkeit der türkischen Regierung äußert, sind die

„Samstagsmütter“. Straße, weil sie auf ungeklärte Weise ihre Kinder verloren haben, die teilweise bereits im Gefängnis waren und von dort spurlos verschwanden. Jeden Samstag seit 754 Wochen(!) gehen in Istanbul Mütter auf die Straße, weil sie auf ungeklärte Weise ihre Kinder verloren haben, die teilweise bereits im Gefängnis waren und von dort spurlos verschwanden.

Sie fordern friedlich eine Erklärung vom türkischen Staat oder zumindest die Leiche ihrer Kinder. Das Leid der Mütter wandelte sich mit der Zeit in einen großen friedlichen Protest, der sich gegen Folter, Festnahmen und staatliche Willkür einsetzt.

Immer wieder greift der türkische Staat diese friedlichen Proteste an und schleift ältere Frauen auf offener Straße herum.

Die Bilder sind kaum zu ertragen und offenbaren das scheußliche Gesicht dieses Staates.

Dieser Staat schreckt vor nichts zurück und die ganze Welt schaut hierbei zu!

Trotz dieser undemokratischen, diktatorischen und menschenverachtenden Zustände in der Türkei wird dieses Land noch immer von anderen Staaten, wie etwa von der EU, finanziell unterstützt.

Besonders Deutschland pflegt sehr gute Beziehungen zur AKP-Diktatur.

Während Erdogan Menschenrechte demontiert, wird die Türkei als wichtiger Wirtschaftspartner und geopolitischer Akteur mit ungeheuren Summen im Zuge des „Flüchtlingsdeals“ begünstigt. Nein, in diesem System haben Menschenleben keinen Wert.

Der Wind weht in Richtung des Geldes!

LSG-Sky Chefs - Gegen den Verkauf wird Widerstand geleistet!

„LSG-Sky Chefs“ ist das Tochterunternehmen der Deutschen Lufthansa AG und gehört ihr zu 100 %.

Mit einem Marktanteil von weltweit 30 Prozent ist sie der größte Anbieter von Bordverpflegung. Mit einem Umsatz von 714 Millionen Euro im Jahr 2011 liegt die LSG auf Platz 3 der größten Systemgastronomen in Deutschland. Ein Monopol am Frankfurter Flughafen, welches zu 47 % privatisiert und zu 53 % verstaatlicht wurde.

Seit Jahren schon hat die Lufthansa mit dem Ziel, “die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die Effektivität zu steigern” oder “die Arbeitssicherheit zu wahren”, die Arbeiter ihrer erkämpften Rechte beraubt.

So konnten sie die Arbeiter unter schlechteren Bedingungen arbeiten lassen und sie von längeren Arbeitszeiten “überzeugen”. 2013 begann es mit diesen Maßnahmen, sie strichen 3 Urlaubstage, erhöhten die Arbeitszeiten um 1,5 Stunden und kürzten somit auch die Löhne. Christina Weber, eigentlich Arbeitnehmervertreter/innen bei Ver. di, ist bei diesen Maßnahmen stets an der Seite des Arbeitgebers gewesen und unterstützte, wo sie konnte. Wir stellten uns natürlich die Frage: Wo ist Ver.dis Garantie, dass es bis 2020 keine Kürzungen mehr geben wird? Wo ist die Arbeitsplatzgarantie, welche versprochen wurde?

Als würde das nicht ausreichen, verkündete das Lufthansa Monopol jetzt den Verkauf der LSG Sky Chefs. Die Arbeitskräfte seien ihnen zu teuer geworden.

Jetzt wird in Tschechien produziert, um die Arbeitskosten so minimal wie möglich halten zu können.

Dieser Verkauf ist der Beweis dafür, dass alle Versprechungen nicht der Wirklichkeit entsprachen. Die Lufthansa hat die LSG Arbeiter ganz klar betrogen.

Mit dem Verkauf werden die Arbeit, Arbeitssicherheit und die

Zukunft der jahrelang Beschäftigten mit Füßen getreten. Es bedeutet, dass tausende Arbeiter und ihre Familien in Unsicherheiten und Krisen geraten, welche im Fall von ***Juan Ballestero*** sogar zu Selbstmord geführt haben.

Die LSG- Sky Chefs haben ihr Wachstum der jahrzehntelangen Produktion der tausenden Arbeiter dieser Firma zu verdanken. Die Milliarden Euros, welche in die Taschen der Chefs flossen, wurden durch ihre Arbeitskraft ermöglicht. Aber die Lufthansa sieht es nicht mal als notwendig ihre Arbeiterinnen und Arbeiter rechtzeitig darüber zu informieren oder ihnen eine ernsthafte Erklärung bezüglich des Verkaufsplans zu liefern. Die Aufklärung der Arbeiter wurde völlig ignoriert. Die Arbeiter, ihre Familien und Kinder warten weiterhin voller Sorge darauf, wie es mit ihrer Arbeit und ihrer Zukunft weitergehen wird.

Sie nehmen ihr Schicksal jedoch nicht einfach hin. Bei den zahlreichen Demonstrationen betonten diese, dass das Wohl ihrer Familie von diesen Jobs abhängt. Es wurden jedoch kämpferische Reden gehalten.

Im Vergleich dazu versammelten sich die LSG Bosse mit Abgeordneten und ließen dabei den Sekt nicht außen vor. Versuchten ihre „Solidarität“ damit auszudrücken, indem sie den Demonstranten und Arbeitern Wasserflaschen hinausbrachten. Diese betonten jedoch auch bei den Reden, dass Wasserflaschen ihren Job und ihre Existenz nicht retten würden. Sie sollten ihnen lieber eine Arbeitsplatzgarantie geben, was wohl das mindeste bei ihren Milliarden Gewinnen sei. Auch die Gewerkschaften und Parteien, wie die Linke solidarisierte sich mit diesem Kampf. Sie nahmen an den Demos teil und betonten, welche Auswirkungen dieser Verkauf auf jeden Einzelnen haben würde.

Den Arbeiterinnen und Arbeitern war dies jedoch nicht genug. Sie widersetzten sich der Situation und nutzten ihre Eigeninitiative, indem sie eigene Strategien entwickelten. Durch die Kraft, die von ihrer Produktion herrührt, konnten sie einige Aktionen starten. Ihr Kampf war besonders in Frankfurt und München effektiv. Dabei kamen die Leute verspätet zur Arbeit oder produzierten verlangsamt.

Dieser Kampf ist völlig legitim und gerechtfertigt.

Von Seiten der Lufthansa kamen zahlreiche Versuche, diesen Kampf anzuschwärzen und als unrechtmäßig zu bezeichnen. Was jedoch entgeht ist, dass die eigentlichen Verantwortlichen sie selbst sind. Niemand hat das Recht den Arbeitern ihre Zukunft und Perspektive zu rauben. Das ist weder ein gesetzliches und gewissenhaftes noch ein menschliches Handeln.

Im weiteren Verlauf versuchten die Arbeiterinnen und Arbeiter diesen Kampf zu vergrößern und auch die Demonstrationen in zahlreichen Abständen zu machen.

Die Presse und andere solidarische Organisationen wurden Teil dieses Kampfes. Aus den USA konnten drei Arbeiterinnen einfliegen und an einer der Demonstrationen teilnehmen. Sie betonten die Wichtigkeit des internationalen Kampfes und, dass auch sie unmenschlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt seien. So wie die Produktion mittlerweile global geschehe, könnten auch die Arbeiterinnen und Arbeiter eine schnellere und effektivere internationale Vernetzung herstellen.

Auch diejenigen, die bisher aus verschiedenen Gründen generell nicht teilgenommen haben, müssen sich nun anschließen, denn es gibt nichts mehr zu verlieren. Auch in den Reden der Arbeiterinnen und Arbeiter wurde eines ganz deutlich: Ihre Wut. Entweder müssen sie jetzt Schulter an Schulter kämpfen und gewinnen oder sie werden widerstandslos scheitern. Sie haben sich eindeutig für den Kampf entschieden. Dieser Kampf ist ein Kampf zwischen Arbeit und dem Kapital. Ein Kampf zwischen Recht und Unrecht. Wer seine Arbeit und seine Würde achtet, darf kein Zuschauer mehr bleiben.

Auch die Gewerkschaften spielen hierbei eine entscheidende Rolle. Bei den Demonstrationen erschienen sie kämpferisch und unterstützend.

Um jedoch den Kampfgeist zu verdeutlichen, muss zu einem Streik aufgerufen werden. Nur so können die Arbeiterinnen und Arbeiter an dem Reichtum der LSG Chefs kratzen und ihnen ihre wirkliche Macht beweisen.

Resistance hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine alternative Informationsquelle zu sein, welche mit einer revolutionären Perspektive auf die Welt schaut und mit einem kritischen Blick über das Weltgeschehen, die Politik und die gesellschaftlichen Probleme berichtet.

Unser Stift schreibt nicht für Profit und verdunkelt nicht die Machenschaften der Herrschenden.

Unser Stift schreibt einzig und allein für die unterdrückte Klasse und die Revolution.

---

resistance.int@gmail.com **resistance.international** **Resistance1917**